

Saale-Beitung.

Stromdierziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber dem
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Kinnosen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeit 75 Pfg. für Halle
und umwärtig 1 Mt.
Ercheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17;
Rebengasse 17; Markt 2.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
Für Halle einschließlich bei postmässiger
Anzahlung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unbedarft eingehende Nummern
wird keine Rücksicht genommen.
Veränderung nur mit Quittungsbogen:
„Saale-Beitung“ gestattet.
Geschäftlicher der Redaktion Nr. 1180;
der Abonnementsabteilung Nr. 1183.

Nr. 117.

Halle a. S., Freitag, den 11. März.

1910.

Am Vorabend der Entscheidung.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

D. Berlin, 11. März.

Heute am Freitag findet die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses statt. Anschließend an diese soll gleich zur dritten Lesung geschritten werden. Die endgültige Abstimmung über das Gesetz kann, weil eine Verfassungsänderung vorliegt, erst nach Verlauf eines Zeitraumes von drei Wochen, also nach Ostern, stattfinden. Wie verlautet, ist hierzu der 12. April vorgesehen. Immerhin wird man schon bei der zweiten und dritten Beratung der Vorlage ersehen können, ob die Annahme oder Ablehnung derselben erfolgt. In der Wahlrechtskommission ist nur eine geringe Mehrheit für die Vorlage erzielt worden, und diese Mehrheit machte noch allerdings Vorbehalte. Es darf angenommen werden, daß eine große Anzahl konservativer selbst gegen die minimale Verbesserung des Dreiklassenwahlrechts, die geheime Stimmabgabe bei den Wahlmännerwahlen, stimmen wird.

Die Freikonservativen haben gegen die Kompromißvorlage in der Kommission gestimmt. Man kann aber wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Partei Jedlich bei ihrem Einverständnis-Verständnis-Standpunkt am Ende für die Vorlage stimmen wird. Seit den Zeiten des Jedlich'schen Schulgesetzes hat sich die freikonservative Partei kaum mehr bei großen Fragen in der Opposition befunden. Ihrem ehemaligen Minister Otto v. Jedlich-Neutich gelang es noch immer, Anschluß an die Regierung zu finden, und so wird es auch jetzt sein. All die schönen Artikel im „Tag“ können darüber nicht hinwegtäuschen.

Die Partei der Kapläne und Pröbste wird auf Kommando des Herrn Herzog die Wahlvorlage schießen. Wieder zur regierenden Partei von den Konservativen berufen, hat man alle Veranlassung, die guten Freunde von der Rechten zu ziehen. Den Sturm im Lande für dieses freischaffte Spiel fürchtet man nicht. Man war ja rechtlich bemüht, das Reichstagswahlrecht für Preußen zu fordern, was läßt sich aber ändern, wenn die Regierung nicht will? Das werden die Argumente der Partei den Wählern gegenüber sein. Das Zentrum kann sich eine beratende Politik ungenutzt erlauben, die Kapläne sorgen schon dafür, daß kein Schöflein untreu wird.

Eine Mehrheit für die verflümmelte Vorlage wird also vorhanden sein. Die Regierung wird gute Miene zum bösen Spiel machen. Sie nimmt ohne Zweifel die indirekte und geheime Wahl an. Herrschen wird nach wie vor in Preußen der ungekrönte König v. Hindenburg und der Laia. Von Prinzregentur kann man dann aber nicht mehr reden, wenn heute verbrannt wird (direkte Wahl), was gefahren angebetet ist.

Ueber die Stellung der Nationalliberalen lassen sich bestimmte Schlüsse noch nicht ziehen. Die Regierung soll ja kürzlich erklärt haben, die Vorlage allein vom Zentrum und den Konservativen nicht anzunehmen. Sollten sich diesen Bundesbrüdern aber die Freikonservativen hinzugesellen, dann wird man auch diese Bedenken fallen lassen. Inzwischen wird nichts unverfäht gelassen, die Nationalliberalen umzukommen. Der Unterstaatssekretär Wahnschaffe und der Vater der famosen Regierungsvorlage Herr v. Falkenhayn lassen in dieser Beziehung kein Mittel unversucht. Kammerlich der Letztere hielt sich stundenlang in den Couloirs auf, um die nationalliberalen Führer zu umhauen. Die Mehrheit der Partei soll bis jetzt handfakt geblieben sein. Ob dieser Zustand aber auch dann andauern wird, wenn der Partei einige kleine Zugeständnisse gemacht werden, ist zum mindesten zweifelhaft. Auf die rheinischen Reichsnationalliberalen ist hier wenig Verlaß. Eine Anzahl von ihnen wird voraussichtlich dissentieren. Als Vorspiel hierzu darf man wohl den Protest der Großindustriellen des Westens ansehen. Ebenfalls würde die Partei im Falle einer Rechtschwenkung im Gegensatz zu der während des letzten Jahres eingenommenen Politik geraten. Sie wird es sich dreimal zu überlegen haben, ob sie, selbst bei einigen Zugeständnissen, die rein konservativ zugestimmte Vorlage mit ihrer Zustimmung Geseh werden läßt. Welche Rolle würden eine beratige Politik nicht verfehlen.

Was endlich die Freisinnigen betrifft, so haben bei ihnen die Regierungsvertreter nicht erst verfaht, sie anzustimmen, ihre Stellungnahme liegt fest. Sie

können dieser Vorlage nicht zustimmen. Die neue fortschrittliche Volkspartei wird, einerlei, ob die Vorlage zu Stande kommt oder nicht, in Zukunft immer wieder als Hauptprogramm ein wirklich freihetliches Wahlrecht für Preußen fordern.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 10. März, 1 Uhr.

Die Beratung des

Vorlats,

Titel Staatssekretär, wird fortgesetzt.

Abg. Jabelt (Sag.):

Die Einrichtungen der Post entsprechen nicht mehr den modernen Anforderungen. In einem Postamt erster Klasse hat man an einem Tage zahlreiche Aussteller entlassen und ihre Arbeit anderen auferlegt. Mühseligkeiten kann auch der betraute Arbeiter nicht vermeiden. In höheren Beamten wird nicht so gespart. Wie ist man gegen den Oberpostinspektoren-Jobsting vorzugehen, weil er an einer Verarmung von Beamten teilnimmt. Man hat ihn strafrechtlich und ihm die Kosten des Disziplinarverfahrens auferlegt. Ein so brutales Verhalten wird hoffentlich alle Beamten veranlassen, sich zu organisieren. Ein Telegraphenarbeiter Valentin wurde ebenfalls schwer bestraft, bloß weil er in der Zeitung seines Verbandes seine Sympathie mit Jobsting aussprach. Dem Valentin hat man auch zugemutet, Kollegen zu verraten. Er sollte sich also selbst fallieren. Nur ein Lump dient derzeit als Spöbel gegen seine Kollegen. Die Oberpostdirektion, die ihm so etwas zumutet, verfolgt unsaubere Zwecke. (Präsident Graf Schwerin-Ludwig: Sie dürfen einer Oberpostdirektion nicht nachsagen, daß sie unsaubere Zwecke verfolgt!) Ja, wir sind stets der Meinung gewesen, daß, wenn jemand einem anderen zumutet, seine Kollegen zu überreden, das eine unsaubere Handlung ist. (Präsident Graf Schwerin: Ich muß Sie trostlos bitten, so etwas nicht zu sagen!) Telegraphenarbeiter werden schlecht bezahlt; man verlangt, daß ihre Frauen und Kinder den notwendigen Lebensunterhalt mitzubringen helfen. Das zeigt den sozialen Tiefstand unserer Postverwaltung. Diese sollte ausreichende Löhne zahlen, zumal an Leute, die wie die Telegraphenarbeiter, in Wind und Wetter im Freien arbeiten müssen. Redner übt weiter lebhaft Kritik an den Gehaltsverhältnissen für von der Verwaltung beschaffte Arbeiter. Weiter behauptet sich Redner über Maßregelung von Unterbeamten aus Gründen ihrer politischen Gesinnung und Befähigung, Zugehörigkeit zu Vereinen usw. So in Rassel, in Rönigsberg. Wenn Telegraphistinnen einen stillen Ort aufsuchen wollen (Seitertel), müssen sie sich bei der Aufsichtsbureau melden. Man brauche da nicht erst nach Frankfurt a. Main zu gehen, sondern bloß hier in Berlin nach der Französischen Straße, da sei die Kontrolle noch härter. Da müßten die Damen sich, wenn sie jenen gewissen Ort besuchen wollten, sich auf demselben gar in ein ausliegendes Buch eintragen. (Seitertel.) So laßt sei die Anwendung des Personalts. Ich hätte noch Material für zwei Stunden (Oh, oh! rechts), aber es gibt ja noch eine dritte Lesung. (Oh, oh! rechts.)

Abg. Dr. Droscher (konl.):

Wir bedauern, daß die Reichstagsströmung immer und immer wieder zu so langen Reden, die doch nur Agitationsreden sind, und zum Vorbringen von so viel Klatsch mißbraucht wird. Wir hoffen, daß niemals wieder ein Zeitigt wie im Vorjahre zu beklagen sein wird. Auf allen Gebieten des Postwesens merkt man ja eine Steigerung des Verkehrs.

Den guten Willen des Staatssekretärs bei der Abschaffung des Anstaltswesens erkennen wir an. Das Anstaltsystem muß mehr in Anwendung kommen. Ein händiger Postbeamter ist überflüssig. Wir wollen den Staatssekretär nicht unter Kontrolle stellen. Bedauerlich ist, daß die Beamten immer noch unzufrieden sind. (Beifall rechts.)

Abg. Aden (Str.):

Der Postetat trägt den Stempel der Sparlosigkeit an der Stirn. Die Postverwaltung ist zunächst ein Verkehrsministerium, wenn es auch ersichtlich ist, wenn wir etwas herauszufinden. Der Redner fordert eine Regelung der Postfreiheit für Beschäftigten, spricht sich gegen eine Verneuerung der Dienstverträge aus und verlangt eine Berücksichtigung des inneren Dienstes. In Bayern werden Zeitungen mit Abonnentenversicherung ausgeschlossen. Das ist ein empfehlenswertes Beispiel. Wie denkt der Staatssekretär über die Brieftelegraphen? Die Resolution Baffermann ist unsympathisch.

Staatssekretär des Reichspostamts Kräfte:

Selbstverständlich bemüht sich die Verwaltung, den Bedürfnissen des Verkehrs nachzukommen. Die großen Finanzschwächen legen ihr aber einen Beschränkung an. Auch in anderen Verrichtungen denkt man zuerst nicht an Ermäßigungen. Bei aller Sparlosigkeit werden wir die Interessen der Beschäftigten nicht nachlässig. Bedenken Sie aber immer, daß wir uns in das Budget der gesamten Reichsverwaltung einzufügen haben. Bei der Gestaltung der Beamtenverhältnisse können wir daher nicht so vorgehen, wie wir möchten. Trotzdem sind die Verhältnisse der Beamten nicht, auch die Ausführenden sind. Einrichtungen, die notwendig sind, werden wir auch aus Sparamtsgründen nicht unterlassen. Ueber Brieftelegraphen fehlen noch die nötigen Erfahrungen. Wir haben die Oberpostdirektionen zur Ausfertigung aufgefordert. Durch die Brieftelegraphen würden die Einnahmen aus den Telegrammen geschmälert werden, die Sparlosigkeit würde also in die Höhe gehen. Das Material, Patin und Kupfer, wird stets öffentlich veräußert. Unter dem Marktpreis wird nichts verkauft. Die Frage der Zeitungen mit Abonnentenversicherungen soll durch eine Novelle zum Postgesetz geregelt werden. Wir warten sie ab. Ueber einzelne Beschlüsse: kann man

hier nicht verhandeln. Gegen Ausfertigungen von Seiten der Beamten und Arbeiter gehen wir energisch vor. Uns wurde Unhöflichkeit vorgeworfen, weil wir eine Eingabe des Abg. Schöbmann, die sich gegen den Oberpostdirektor in Rassel richtete, nicht beantwortet haben. Die Eingabe ist erst kürzlich eingegangen und der Oberpostdirektor ist um Auskunft gebeten worden. Er befreit, die Beamten befreit für zu haben.

Abg. Pfeil-Hedelberg (nl.):

Die Methode, keine neuen Stellen zu fordern, würde bald zu einer Überlastung der Beamten führen. Das würde dem Verkehr schaden. 1911 werden wir den ersten Postreferenten haben, 1914 den ersten Postminister. Der Staatssekretär sollte hier erklären, daß diese nach dem neuen System vorgebildeten Beamten nicht benutzigt werden. Ungleich ist die Postverwaltung nicht. Die Kritiken waren übertrieben. Sie soll nicht nur Geld verdienen, sondern auch das wirtschaftliche Leben fördern. Man fürchtet man sich nur einem Postbeamten? Er würde besser wirken, als ad hoc zusammengewürzene Sachverständige, die oft nur defektive Nachwerk sind. Die Postverwaltung muß mehr aus der Amtsstube herauskommen, damit sie die Fühlung mit dem praktischen Leben nicht verliert. (Beifall.)

Abg. Ding (Rp.):

danft dem Staatssekretär für die Erfüllung verschiedener Wünsche des bergischen Landes, gestützt die Einführung von Zeitungs-
bahnpoststellen, schickt vor, nach englischen Muster nur bei der ersten Tagespost den Anstaltsstempel fortzulassen und spricht sich für einen händigen Postbeirat aus. Postlagernde Sendungen sollten an Jendliche nicht ohne genügende Legitimation verpackt werden. Der Redner fordert eine Neuorganisation der Poststellen und Tagesblätter, Einschränkung der Dienstreisen, kaufmännische Geschäftsführung usw.

Abg. Seha (Pole):

benämigt, daß die Zahl der polnisch sprechenden Beamten im Osten immer geringer wird. Die Verwallung dürfe sich nicht in das Privatleben der Beamten mischen, wie das jetzt z. B. bei Stadtbürgermeisterwahlen geschieht. Durch den Lizenzenfortfall wird nur die Beschäftigung der Beamten gefördert.

Staatssekretär Kräfte:

In die Privatangelegenheiten der Beamten mischen wir uns nicht. In Kräfte haben wir nicht nach der politischen Gesinnung der Beamten geschaut, sondern uns nur an das gehalten, was uns offen zugekommen wurde. Von einem händigen Postbeirat kann ich mir nicht viel verprechen.

Abg. Werner (Rp.):

bespricht Mängel in den Besoldungsverhältnissen der mittleren Beamten und verlangt Erhöhung der Löhne der Telegraphenarbeiter.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Geset der Staatssekretärs wird bemittelt. Die Resolution Baffermann auf Schaffung eines Postbeirats wird abgelehnt. Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Sozialdemokratische Interpellation über das Verbot des „Trentpomer Spazierganges“, Postetat (Weiterberatung), keine Etats.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Allerhand Interessantes aus dem preussischen Etat.

Der preussische Riesenetat operiert mit ganz gewaltigen Summen. Millionen häufen sich auf Millionen, und lange Zahlenreihen marschieren in Reih und Glied recht gewichtig daher. Darunter verschwindet fast mancher Kosten, der für sich betrachtet, besondere Ausblicke gestattet. Da ist z. B. im Etat der Postverwaltung ein interessanter, daß diese als Einnahme 20 000 Mark für nicht abgehobene Gewinne, sogar 5000 Mark mehr als im Vorjahre, bucht. Und aus dem Verkauf verfallener und abgeleiteter Briefeite kommt sie gar 140 000 Mark ein. Die Generalordnungsformillion, die uns insgesamt 330 000 Mark kostet, steht für zurückgegebene alte Ordensinsignien 15 000 Mark in die Tasche, für die Anschaffung neuer muß sie aber das hübsche Summchen von 220 000 Mark opfern. Das Geheimnis Jivikla Binnett des Königs kostet Preußen mehr als 20 000 Mark. Aber auch das Deutsche Reich muß 10 000 Mark dazu beisteuern. Eine nette Einnahme bringt der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger, der etwa 130 000 Mark Ueberfluß liefert. Allein für Anzeigen laufen bei ihm fast 900 000 Mark ein. Das preussische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten hat aus Reich als Währung für die Belohnung rein preussischer Angelegenheiten 120 000 Mark zu zahlen. Im ganzen belafet es den Etat mit fast 600 000 Mark. Das preussische Staatsministerium kommt uns billig. Nicht einmal den Kriegsmitteln bezoght Preußen. Der ganze Etat, der keine 200 000 Mark beträgt, bezieht sich nur auf Aufwendungen für das Bekannte Zeughaus. Die erste preussische Kammer, das Herrenhaus, kostet dem Staat etwa 800 000 Mark. Die zweite Kammer, das Abgeordnete Haus, ist erheblich kostspieliger. Sie erfordert nahezu 1 800 000 Mark. Davon sind allerdings 1 200 000 Mark Tages- und Reisegelder für die Volkswrreter.

Kriminalität und Schule.

— Unter dieser Ueberschrift brachte kürzlich die „Kreuzzeitung“ eine Zuschrift aus dem Saag, in der die Tatsache erörtert wurde, daß nach der amtlichen Statistik in den nord- und katholischen Provinzen des Königreichs der Nieder-

lande die Anzahl der gemeinen Verbrechen viel größer ist, als in den vorstehend protestantischen Landesteilen, und die „Kreuzzeitung“ selbst bemerkt dazu:

„Wenn die Statistik gleichzeitig feststellt, daß dort (in den protestantischen Provinzen) die meisten Volksschulen sich befinden und den stärksten Besuch aufweisen, so wird kein Einsichtiger dies als ein bloßes zufälliges Zusammenreffen bezeichnen können.“

Schließlich werden die Freunde der „Kreuzzeitung“ auch daheim den Zusammenhang zwischen Volksbildung und Kriminalität mehr als bisher erkennen. Geht es in dieser Beziehung besonders eine Zusammenstellung in der Stat. Korz. über die Zahl der rechtskräftig verurteilten Jugendlichen in den einzelnen protestantischen Provinzen, die da zeigt, daß diese Ziffer für die östlichen Provinzen wesentlich höher ist als für die westlichen, obwohl im Westen die Bevölkerung viel mehr in Großstädten und Industriezentren zusammengeballt ist. Diese Erscheinung führt unbedingt auf den Zusammenhang zwischen Volksbildung und Kriminalität. Will man die Kriminalität der Jugendlichen bessern, so wird man vor allem Dingen in erhöhtem Maße für die Volksschulen sorgen müssen. In dieser Beziehung ist ja anerkanntermaßen der Westen vor dem Osten voraus. Hier hat wirklich einmal die Schule schuld, nämlich der gegenwärtigen Stand des Volksschulwesens, besonders in den agrarischen Bezirken unseres Vaterlandes. Da gibt es nach der Statistik von 1900 immer noch 1317 überflüssige Volksschulklassen, das sind 11,37 p. H. aller Klassen überhaupt. Ein Lehrer mußte allein 233 Kinder unterrichten. Fünf einstufige Schulen haben mehr als 200 Kinder, 505 mehr als 120. Das Bild wird erst vollständig, wenn wir auch der 28 Trivertagschulen und der 3077 unbesetzten Lehrstellen gedenken.

Die einschichtige „Kreuzzeitung“ wird nun hoffentlich zugeben, daß man derartige Feststellungen der Statistik in Preußen ebensowenig wie in Holland als „ein bloßes zufälliges Zusammenreffen“ bezeichnen kann. Oder werden sich die Freunde der „Kreuzzeitung“ nun auch um die Sache herumzudrücken suchen und nach allerlei Ursachen haften, die nicht die richtigen sind? Man wird ihnen dann aber immer das Urteil der „Kreuzzeitung“ entgegenhalten: „In Wahrheit hängt die größere Kriminalität mit dem geringeren Bildungsgrade der Bevölkerung zusammen.“

Nicht überrascht!

Durch die sozialdemokratischen Demonstrationen im Tiergarten ist das förmlich Polizeipräsidium in Berlin, wie es in einer Juliheft berichtet, am Sonntag nicht überrascht worden. Die Juliheft des Polizeipräsidiums lautet:

Die sozialdemokratische Presse behauptet, die Sonntagsdemonstration hätten mit ihrem Abzuge nach dem Tiergarten die Polizei überascht. Daß die Demonstration, von Treptow abgesehen, nach dem Innern der Stadt ziehen würden, war von vornherein klar, daß sie, von Schloßplatz, Linden und Wilhelmstraße abgesehen, den Tiergarten aufsuchen würden, von vornherein wahrhaftig. Entsprechend ist polizeilich vorweg disponiert worden: lediglich 500 Mann, also weit unter 10 p. H. der Mannschaft, nach Treptow, das Gras nach dem Zentrum. Wenn die Polizei im Tiergarten nur gegen den allergrößten Ungehörigkeit, was der Grund für diese Zurückhaltung nicht übersehen, sondern Rücksichtnahme auf die ungezügeltsten Spaziergänger, die zu warnen unmöglich gewesen war.

Königin Luise-Gedenktag.

* Aus Anlaß der geistlichen Hundertjahrfeier des letzten Geburtstages (10. März 1810) der verewigten Königin Luise von Preußen war das Denkmal der Königin im Berliner Tiergarten sowie das Denkmal Königs Friedrich Wilhelm III. die ganze Zuhilfenahme und die nächste Umgebung auf das prächtigste mit Blumen und Pflanzen geschmückt. Im Laufe des Vormittags erschienen die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Luise, um die Ausschmückungen in Augenschein zu nehmen. In weitem Bogen um das Denkmal herum die Schillerinnen der Mädchenjahren, zum großen Teil mit Blumen und Kränzen in den Händen.

Parlamentarisches.

Ueber den Fall Mannesmann

in der Budgetkommission

wird noch gemeldet: Nachdem der Abg. Schöhoff für seine Person eine Resolution eingebracht hatte, stimmte ein anderes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei dieser darin zu, daß die deutsche Regierung die Pflicht habe, die Interessen Deutscher im Auslande entstehen zu vertreten. Dem angeführten Reichsgericht ständen andere gegenüber. Es seien also die Rechtsansprüche der Brüder Mannesmann nicht ungewiss. Deshalb begrüße er lebhaft die vom Auswärtigen Amte vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die

Einführung eines Schiedsgerichts,

das zweifellos eine richtige Entscheidung treffen werde. Daran, daß Mannesmann ein Monopol erhalte, hätten wir kein Interesse; in diesem Falle würde sie wohl ihre Produkte auch an deutsche Verbraucher so teuer wie möglich verkaufen. So sei wohl auch die intensive Agitation zu erklären, bei der die rollende Marz auch mitgespielt habe. Darauf spricht sich ein Sozialdemokrat gegen Mannesmann aus. Staatssekretär Frhr. v. Schön stellt sodann einige Punkte aus den bisherigen Reden zurück. Das spanische Ministerium Moret selber habe der deutschen Regierung erklärt, daß sie in allen Punkten in der Mienenfrage mit dem Inhalt des Verhältnisses einverstanden sei. Zum Schluß teilt der Staatssekretär mit, daß das Auswärtige Amt durchaus bereit sei, bei den Verhandlungen über das Berggesetz die Herren Mannesmann zentralisch heranzuziehen.

Wenn dies bisher nicht gesehen konnte, so lag dies lediglich an der ablehnenden Haltung der Herren Mannesmann selbst. — Gegen die von einem Mitgliede der fortschrittlichen Volkspartei vorgelegte Resolution und einen Änderungsantrag dazu von einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung, wodurch die Regierung verpflichtet werden soll, die Mannesmann-Interessen mit allem Nachdruck wahrzunehmen, wendet sich ein Mitglied der Reichspartei. Es sei schon ein Vorwand, daß man tagelang über

die Privatinteressen einer Firma,

wenn auch einer angesehenen Firma, verhandelt. Man solle

lediglich mit Befriedigung die Erklärungen des Staatssekretärs zur Kenntnis nehmen. — Ein nationalliberaler Abgeordneter hält die Verteilung des Berggesetzes für einen selbständigen Staatsakt des Kaisers, der auch durch die Erklärungen des diplomatischen Korps nicht aus der Welt geföhrt sei. Demgemäß behält er die Ansprüche der Brüder Mannesmann zu Recht. Statt einer Resolution wünscht er eine formulierte Erklärung des Staatssekretärs.

Frhr. v. Schön

erklärt, er sei nicht ermächtigt, zu den vorgeschlagenen Resolutionen Stellung zu nehmen oder Resolutionen zu erteilen. Seine persönliche Auffassung gehe dahin, es sei zu befürchten, daß eine Resolution, wie sie auslauten möge, die nach bevorstehenden Verhandlungen zwischen den Regierungen und unter den Interessenten wesentlich erschweren, wenn nicht gar gefährden würde. Den Wunsch, den Herren Mannesmann durch eine Resolution eine Klärung für die weiteren Verhandlungen zu geben, erkenne er durchaus an, er glaube aber nicht, daß dies Ziel zu erreichen sei. Es sei vielmehr eine unangütliche Wirkung bei den anderen Interessenten und den fremden Regierungen zu befürchten. Verbeugung durch Verhandlung unter den Regierungen das Berggesetz erreicht, so trete wieder

der alte Zustand der Gesetzlosigkeit

und des Wirrwarrs in Marokko, ein Kampf aller gegen alle ein. Dabei würden die deutschen Interessen in schwere Gefahr geraten, und das Ende dem Liebe könnte schließlich sein, daß nicht eine einzige Lonne Erz nach Deutschland komme. Der Staatssekretär erklärt nochmals mit allem Nachdruck, daß die Regierung entschlossen sei, die deutschen Interessen und gute deutsche Rechte in jeder Weise zu wahren innerhalb der Grenzen, die durch die internationalen Abmachungen und die Vertragsstreue gegeben seien.

Die von der fortschrittlichen Volkspartei eingebrachte Resolution wird hierauf zurückgezogen. Der Änderungsantrag von der Wirtschaftlichen Vereinigung aufrecht erhalten. Der Antragsteller ist von der Erklärung des Staatssekretärs nicht befriedigt. Die Versicherung, man werde „wie bisher“ die deutschen Interessen vertreten, genüge nicht, denn die Resultate dieser bisherigen Vertretung seien ungenügend. Er ziehe daher seine Resolution noch nicht zurück. — Darauf vertritt sich die Kommission auf heute (Freitag) vormittag.

Die Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei hat am Mittwoch abend auf Grund der von einem Ausschuss vorgeschlagenen Vereinbarungen über ein Fraktionsstatut die endgültige Konstituierung vorgenommen. Der Fraktionsvorstand besteht aus sieben Mitgliedern. Vorsitzender ist Abg. Dr. Klemm, Stellvertreter die Abgeordneten Raempf, Dr. Müller-Meinings, v. Bajer und Schradt. Zu Beisitzern wurden berufen die Abgeordneten Dose und Dr. Angdon. Dieser übernimmt zugleich die Führung der Fraktion und sonstiger inneren Fraktionsgeschäfte. Die bisherigen Hospitanten Wihorn, Graf Bohmer, Enders und Dr. Heßler sind der Fraktion beigetreten.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses erklärte die Wahl des Abg. Fürstinger (Nld., Emden-Norden) für ungültig und die des Abg. Rheinbacher (Rp., Schöneberg-Nord) für gültig. Zustimmung für gültig erklärt wurde die Wahl des Abg. Dr. Mann (Sld.), der in Berlin XII gegen den Sozialdemokraten Hoffmann gewählt war. Auch wenn die eventuell als ungültig anzusehenden Stimmen abgezogen werden, würde Dr. Mann noch sieben Stimmen über die absolute Mehrheit haben. Schließlich beschloß sich die Kommission mit der Wahl des Abgeordneten Wogt (Nld., Konigs-Lüchel-Schlössen). Hier war wegen der Wahlkreisveränderung Protest eingelegt worden. Die Kommission erklärte auch die im Kreise Lüchel gewählten Wahlmänner wegen der eigenartigen Wahlkreisveränderung für ungültig, jedoch hatte Abgeordneter Wogt auch nach Wegzug dieser Wahlmännerstimmen über die absolute Mehrheit und seine Wahl wurde daher für gültig erklärt.

Die freireligiöse Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragte, die Lehrer unter das Beamten-Pflichtgesetz zu stellen. Bekanntlich waren diese im Geleze von 1900 ausgeschlossen worden.

Die Landtagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei hat sich gestern konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abgeordneten Hübisch, zum Stellvertreter den Abgeordneten Dr. Bachmeier gewählt. Alles übrige ist der endgültigen Regelung durch das Fraktionsstatut vorbehalten worden, das ebenso wie das für die Reichstagsfraktion baldigst ausgearbeitet werden soll.

Aus den Kolonien.

Haben wir eine Kolonialreform?

Unter diesem Titel veröffentlicht der bekannte Kolonialpolitiker Oberleutnant a. D. Ulrich v. Falss eine beachtenswerte Abhandlung, wozu er nach Erörterung der deutschen Kolonialpolitik die Forderung einer nationalen Kolonialpolitik erhebt. Die notwendigen Reformen führt er am Schluß in folgenden fünf Sähen zusammen:

1. Stärkere Heranziehung der deutschen Bewohner der Kolonien, insbesondere der Südwesafrikas, zur Vermahlung nicht nur ihres Wohnsitzes, sondern der ganzen Kolonie, insbesondere zur Beschäftigung über die Steuer- und Finanzfragen ihrer Heimat, bevor der Etat der Kolonie festgesetzt wird.

2. Stärkung des deutschen Elements in den Kolonien, namentlich durch planmäßige Verhehlung Südwesafrikas und, soweit dies unter möglicher Beschleunigung des Eisenbahnbauanges ist, auch Ostafrikas mit Farmern und Kleinrentnern.

3. Neue Einföhrung oder Wiederaufnahmestellen der sogenannten Landkommission des Reichstages u. a. zur Untersuchung der Rechte und Pflichten der Land- und Kolonialgesellschaften, mit dem Ziel, die Monopole aufzuheben, die Gesellschaften zu entzogen oder ihnen durch geeignete Verbesserung Aufgaben aufzugeben, die ihrem Einkommen entsprechen. Auch die Untersuchung der drohenden Verletzung in einzelnen Kolonien würde Sache dieser Kommission sein.

4. Kontrolle aller Abmachungen des Reichs mit den Kolonien betreffen, durch den Reichstag, insbesondere bezogen, die sich auf Erdöl, Gold usw. beziehen.

5. Rückauf der Ostafrikanischen Eisenbahn, aber unter genauer Prüfung ihres jetzigen Wertes und unter Berücksichtigung der Wünsche der deutschen Bevölkerung Südwesafrikas, namentlich des Landrats.

Kleine politische Nachrichten.

Abgelehnt. Eine Petition der Stadt Breslau, welche die Wiedereinföhrung des Gesetzes betreffend die Verpflichtung der Ge-

meinden zum Erlass des bei öffentlichen Aufkäufen zurulassigen Schabens dahin beantragte, daß diese Verpflichtung dann nicht gegeben sein solle, wenn in einer Stadtgemeinde die Polizei in der Hand des Staates liege oder wenn der Erlass auf die Schuld der Polizeibehörde zurückzuführen sei, wurde von der Gemeindefraktion zurückgeführt. Der ordentliches Haus dahin erledigt, daß beschloßen wurde, Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen.

Mahregelung.

Wegen des mehrfach erwähnten Bebeltelegramms mehrerer Bremer Lehrer sind jetzt der Lehrer Döring aus dem Dienst entlassen und die Lehrer Sonnemann und Dreierstelle bei halbem Gehalt nach Amte suspendiert worden. Gegen einige andere Lehrer, jedoch noch die Untersuchung.

Beurteilung.

Wegen Bebelteilung des Präsidenten des Deutschen Bauernbundes, Abg. Wachorst die Werte, wurden in Osnabrück der Rittergutsbesitzer Wege in Luburg und der Agitator des Bundes der Landwirte Logemann zu je 100 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Ausland.

Zu Dr. Luegers Tode.

Die Nordd. Allg. Zitg. schreibt: Mit Dr. Lueger ist eine der markantesten Persönlichkeiten Preussens aus dem Leben geschieden. Von bescheidener Herkunft — sein Vater war Diener an der Technischen Hochschule in Wien — hat Dr. Lueger durch rastlose Tatkraft und Streben nach dem von ihm gelegten Ziele sich als Politiker und Organisator eine hervorragende Stellung erworben und genöß seit Jahren weit über Wien hinaus große Volkstümlichkeit, wenn es ihm auch, wie es bei seiner ausgesprochenen Warteitrigung nicht anders zu erwarten war, nicht an zahlreichen Feinden fehlte.

Karl Lueger war am 23. Oktober 1844 in Wien geboren. Er wählte das Rechtsstudium und ließ sich 1874 in seiner Vaterstadt als Anwalt nieder. Schon 1875 wurde er Gemeinderat, 1885 demokratischer Reichsratsabgeordneter und später Vizebürgermeister der antimonarchisch-sozialreformistischen Partei der „Reinen Christen“. 1895 wurde er zum Bürgermeistermeister und noch im selben Jahre zum Bürgermeister von Wien gewählt. Seine Bekräftigung wurde in diesen verlag. Nach dem Tode des amtierenden Gemeindevaters wurde er wiederum zum Bürgermeistermeister ernannt, befristet sich aber auf Wunsch des Kaisers bei der Stellung als erster Vizebürgermeister. 1897 fiel die Wahl abermals auf ihn, und nun blieb auch die kaiserliche Bekräftigung nicht aus. Seitdem hat Dr. Lueger eine unpaßende Wirksamkeit auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Stadt entfaltet. Gleichzeitg blieb er Führer der Christlich-Sozialen, die in ihm einen hervorragenden Förderer ihrer Sache verloren.

Luegers Nachfolger.

Nun, da der schwer geprüfte Bürgermeister die Augen geschlossen hat, beginnt auch unter den Herrschenden das Ringen um die Nachfolge. Der Bürgermeister von Wien wird — anders als in Berlin — aus der Mitte des Gemeinderats (Stadtverordnetenversammlung) gewählt; er ist zugleich Bürgermeister und Vorsitzender des Gemeinderats (Stadtverordnetenversammlung). Noch ist kein fester Beschluß gefaßt, doch gilt als aussichtsreichster Kandidat der ehemalige Arbeitsminister Dr. G. S. Mann, der auch die Führung der christlich-sozialen Partei übernehmen wird. Gesmann hat sich jüngst in einer Rede im Parlament eifrig für die finanziellen Interessen Wiens eingesetzt, was wieder als eine Art Kandidatenrede um den Bürgermeisterposten aufgefaßt wird.

Das Testament.

Eine Extrausgabe des „Deutschen Volksblattes“ meldet das politische Testament des verstorbenen Bürgermeisters. Das Testament ist vom 1. Februar 1907 datiert, also zu einer Zeit verfaßt worden, als sich zum ersten Male die schwere Erkrankung Luegers zeigte. Der wesentliche Inhalt des Testaments ist:

„Ich mache es der christlich-sozialen Partei, deren langjähriger Führer ich war, zur Pflicht, niemals eine ausgesprochen agrarische Partei zu werden und niemals darauf zu verzichten, daß die Partei ihre Größe und Stärke in erster Linie der Bevölkerung Wiens verdankt.“

Ferner drückt Dr. Lueger den Wunsch aus, daß seine bisherige Politik gegen Ungarn beibehalten werde. Als Nachfolger für den Bürgermeisterposten schlägt er einen seiner schärfsten und langjährig bewährten Mitarbeiter, den ehemaligen Magistratsdirektor Dr. Weiskirchner, vor, der den jetzigen Handelsminister, von dem er annimmt, daß er die Geschäfte der Gemeinde im Sinne der von ihm selbst eingeschlagenen Politik weiterführen werde. Dr. Weiskirchner, der zugleich dem Gemeinderat nicht angehört, hat bereits vor mehrerem Tode, wie damals gemeldet, die Nachfolge abgelehnt. Das Testament ist unterzeichnet von Landmarschall Prinz Alois Wiedersheim, Dr. Gesmann, Dr. Weiskirchner, Kaiserlicher Rat Mayer, Magistratsdirektors Appel und Gemeinderats Dr. Kögler als Zeugen.

Die Geschwister Luegers, die in bescheidener Zurückgezogenheit leben, haben ihn in aufopferungsvoller Weise gepflegt.

Der Wiener Magistrat versammelt sich heute um 5 Uhr zu einer Trauerführung.

Wie ferner gemeldet wird, soll Dr. Lueger auf dem schönen, mit reichen Gartenanlagen geschmückten Platz vor dem Rathaus in Wien ein Denkmal erhalten. Die Nachricht ist insofern von Interesse, als bei der Erbauung des Rathauses zur Zeit der liberalen Wera auf diesen Platz besonders Bedacht genommen wurde, weil man gedachte, sich ein Kaiser Franz Joseph-Denkmal zu errichten. So ist auch im Laufe der Jahre im Gemeinderat Anträge gestellt worden, die auf eine anderweitige Verwendgung des Platzes abzielten, wurden sie abgelehnt. Ja, man hat dem Platz jahrelang keinen Namen, bis es der christlich-sozialen Gemeinderatsmajorität gefiel, ihn noch zu bezeichnen des Bürgermeisters „Dr. Karl Lueger-Platz“ zu nennen. Man wird nun also nach einer anderen geeigneten Stätte für ein Franz Joseph-Denkmal Umschau halten. Wie

Abtrags weiter aus Wien gemeldet wird, soll auch die neue, noch im Bau befindliche Leopoldbrücke über den Donaukanal den Namen „Carl Lueger-Brücke“ erhalten.

Des Kaisers Befehl.

Wien, 10. März. Der Kaiser richtete an die Schweizer Luegers eine Depesche, worin er, von sechziger Trauer über die Todesnachricht erfüllt, den Hinterbliebenen aufrichtiges Beileid und besondere Teilnahme ausdrückt; auch an das Präsidium des Gemeinderats richtete der Kaiser eine Kondolenzdepesche.

Wien, 10. März. Sofort nach dem Ableben des Bürgermeisters Dr. Lueger wurden auf dem Firmament des Stadthauses Trauerzeremonien abgehalten. Auch familiäre Kommunal- und patriotische Feiern wurden in der Gasse abgehalten. Von der Gemeindeverwaltung wurden in der ganzen Stadt folgende Todesanzeigen ausgesendet:

Der Wiener Bevölkerung: „Der ganze Wien und alle Liebe ihres Bürgermeisters gepolltet hat, gibt das Präsidium des Wiener Gemeinderats bekannt, daß Dr. Lueger heute 8 Uhr früh verstorben ist.“

Durch Sonderausgaben der Zeitungen wurde die Todesnachricht in der ganzen Stadt in kürzester Zeit verbreitet. Das Leichenbegängnis wird auf Kosten der Gemeinde Wien veranstaltet werden. Es findet Montag am 12. März vormittags statt. Wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, werden der Kaiser, sämtliche in Wien weilenden Erzherzöge, das gesamte Ministerium, das diplomatische Korps, der größte Teil der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, die Gemeinderäte und Stadträte an dem Leichenbegängnis teilnehmen.

Kleine Tagesnachrichten.

Der belgisch-französische Zollkrieg.

Die belgische Regierung wird, wie verlautet, binnen kurzem einen Gesetzentwurf betr. die Erhöhung des Einfuhrzolls auf Wein und Sekt einbringen, um diesen Zoll als Waffe gegen die Belgien benachteiligenden französischen Zolländerungen zu benutzen. Rücksichtnahme wird auch eine Senkung des Zolls auf einige für die belgische Industrie notwendige Rohstoffe erfolgen. Ein vom Ausschusse des obersten Industrie-Rates am 2. Februar abgegebener Bericht betont, daß Belgien den Grundlag des Freihandels aufrecht erhalten werde, heißt aber die obigen Maßnahmen gut.

25. Landtag der Provinz Sachsen.

Fünfte Plenarsitzung.

Von unserem Sch. Spezialberichterstatter.

Merseburg, 10. März.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung gegen 12 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

I. Bericht über die Rechnungen der Provinzial-Städtefeuerzölkerei-Kasse für Merseburg für 1907 und 1908.

Es wird Kenntnis genommen.

II. Bericht über einen Antrag zum Etat der Städtefeuerzölkerei-Kasse für 1908. Anlaß zu dem Antragsgesetz waren die inzwischen vorgenommenen Gehaltsaufschüßungen.

Das Haus nimmt den Antragsgesetz an.

III. Der Verwaltungsbereich des Provinzial-Ausschusses wird ohne Debatte genehmigt.

IV. Uebertragung der Verwaltung und Unterhaltung von Chausseefreien auf andere Kommunalverbände. Berichterstatter Abg. Knoke. Es sollen 6 Chausseefreien von insgesamt 195 Kilometer zu insgesamt 4024 M. Unterhaltungskosten an die betreffenden Gemeinden abgetreten werden. Es handelt sich um die Stadtgemeinden Galzweh, Hornburg und Rindelsbrunn, mit denen Verträge zu schließen sind. Ferner kommen die Stadtgemeinden Eintracht, Eisleben und Eilenburg in Betracht, mit denen Verträge schon bestehen.

Die Kosten werden bemittelt.

V. Verkauf von Schlemplähen an der Dübener-Weipziger Provinzialstraße bei Wellaune sowie an der Provinzialchauffee Halle-Nordhausen, bei Nietleben gelegen. Käufer des letzteren ist die Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Der Verkauf wird genehmigt.

VI. Der Entwurf eines zweiten Nachtrages zur Provinzialhaushaltsliste wird vorbehaltlos angenommen.

VII. Die Veräußerung der Mittel zur Unterstützung von Kleinbauern wird angenommen.

Der Sanitätsausschuß beantragt einen Kapitalbetrag bis zu 2 Millionen Mark.

VIII. Erweiterungsbauten bei der

Landesheilanstalt Nietleben.

Berichterstatter Abg. Wiebeck. Erforderlich sind insgesamt 105 000 M., und zwar für ein Gebäude für Infektionskrankheiten 50 000 M., für das Wohnhaus des Anstaltsdirektors 50 000 M. und für die Verlegung einer Festscheune 5000 M. (Das Haus, das sich allmählich gefüllt hat, schwirrt von der beschaffensten Unterfauna, in der die Ausführungen des Berichterstatters fast verloren gehen.)

Die Bundesheilanstalt Nietleben

entbehrt noch immer befonderer Räume zur Absonderung von Geisteskranken, welche an Infektionskrankheiten leiden. Der Bau solcher Räume kann nicht länger hinausgeschoben werden, nachdem schon wiederholt in Ministerialerlassen, zuletzt in dem Erlaß des Ministers der Medicinalangelegenheiten vom 17. Juli 1909 auf die Notwendigkeit solcher Räume, besonders auch für Irrenanstalten, hingewiesen worden ist. Gerade in den räumlich besonders engen Verhältnissen der Anstalt Nietleben ist die Gefahr der Uebertragung ansteckender Krankheiten besonders groß. In erster Linie bedarf es besonderer Räume für die immer in der Anstalt vorhandenen tuberculösen Geisteskranken, von denen im Jahre 1908 9 männliche und 17 weibliche in der Anstalt gestorben sind. Die Gefahr, daß je andere fürerlich gesunde Kranke anstecken, ist in der räumlich beengten und überfüllten Anstalt, wie denn auch von dem Anstaltsdirektor manche tuberculöse Fälle auf solche Art und Weise zurückgeführt werden. Zum mindesten für je 8 tuberculöse Kranke müssen besondere Räume zu ihrer Absonderung geschaffen werden.

Zudem bedarf es aber auch einer weiteren Abteilung von mindestens 6 Räumen für etwaige sonstige Infektionskrankheiten, wie insbesondere für Typhus, Diphtherie und Scharlach.

In dieser Abteilung werden auch Kranke bei der Aufnahme, wenn Verdacht besteht, daß sie sich vorher infiziert haben, oder wenn sie aus Orten kommen, in welchen ansteckende Krankheiten herrschen, aufgenommen werden können. Zweckmäßig werden die beiden Abteilungen für tuberculöse und sonstige Infektionskrankheiten in einem Gebäude vereinigt, jedoch unter Umständen auch Tuberkulose in dem Raum für sonstige Infektionskrankheiten und umgekehrt untergebracht werden können.

Für dieses Gebäude ist ein Projekt ausgearbeitet. Das Projekt sieht außer den eigentlichen Krankenzimmern auch zahlreiche Nebenräume vor, die zur wirksamen Isolierung dieser Kranken und zur Verhütung des Hineintragens von Krankheitskeimen in die Anstalt erforderlich sind. Der Kostenbetrag für ein Gebäude ist auf 50 000 M. veranschlagt. Die Mitglieder der Kommission schlugen vor, zunächst ein derartiges Gebäude auf der Frauenseite zu errichten, auf welcher die Verhältnisse zunächst noch mehr geeignet zu einer notwendigen Absonderung von Infektionskranken gegeben ist.

Durch den Neubau werden auf der Frauenseite eine Anzahl Plätze gewonnen, was bei der Ueberfüllung aller unserer Landesheilanstalten sehr erwünscht ist.

B.

Im Laufe der Jahre haben sich die Bureauräume der Anstalt im Verwaltungsgebäude zur Bewältigung des dienstlichen Verkehrs als immer unzureichender erwiesen. Die Erweiterung der Anstalt durch das demnächst zu eröffnende Verwahrschuppen für 50 geisteskrante Verbrecher, die der Anstalt ihrer Eigenart wegen ganz besonders viel Schreiarbeit verursachen, wird diese Verhältnisse noch erheblich vermehren. Die Bureauräume reichen weder zur Aufbewahrung der Akten als auch gewöhnlich genutzten Platz für die Bureaubeamten zur ungehinderten Erledigung der Dienstgeschäfte. Aus diesem Grunde ist bisher auch die Aufstellung einer Schreibmaschine, deren Beschaffung zur Beschleunigung und Vereinfachung der Schreibarbeiten an sich sehr zweckmäßig wäre, unmöglich gewesen.

Unzulänglich ist auch die Räume, welche im Verwaltungsgebäude für die Besuche von Angehörigen zur Verfügung stehen. Besonders an Sonn- und Feiertagen entsteht aus diesem Grunde ein unheimliches Gekränge, jedoch viele Besucher es vorziehen, auf dem engen Flur die Erledigung ihrer Wünsche zu erwarten.

Auch die Wohnung des verheirateten Hauswarts im Verwaltungsgebäude ist zu klein, da sie zurzeit nur aus einem Zimmer, welches außerdem noch dienstlichen Zwecken dient, einer Kammer und einer Küche besteht.

Zur Beseitigung dieser Mängel erscheint es erforderlich, die im ersten Geschosse des Verwaltungsgebäudes gelegene Wohnung des Anstaltsdirektors zu Verwaltungszwecken zu verwenden und ein neues Direktorenwohnhaus zu errichten. Die jetzige Direktorenwohnung genügt ohnehin nicht mehr völlig den Anforderungen, da es eine betriebl. Wohnung zu sein muß.

Es ist ein Projekt für ein neues Direktorenwohnhaus gefertigt. Das Projekt schließt mit einem Betrage von 50 000 M. ab.

C.

Der bisher zur Aufnahme von Getreidevorräten dienende hölzerne Diemenhuppen kann nach Erbauung des Verwahrschuppens für geisteskrante Verbrecher nicht länger beibehalten werden, da der Schuppen dann nicht mehr die polizeilich vorgeschriebene Ersehung (200 Meter von den zunächst gelegenen Gebäuden, 30 Meter von öffentlichen Wegen) einhält.

Es ist deshalb die Verlegung dieses Schuppens, dessen Baumaterial nur zum kleinsten Teil wieder verwendet werden können, erforderlich. Die Kosten sind auf 5000 Mark veranschlagt.

Die Kommission hat gegen den Kostenüberschlag nichts einzuwenden gehabt.

Das Infektionshaus wird ohne Debatte genehmigt.

Das Wohnhaus des Anstaltsdirektors und die Festscheune ebenfalls.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und es findet eine längere vertrauliche Besprechung betr. der vorzunehmenden Maßnahmen statt.

Schluß der Sitzung

Nächste Sitzung Freitag.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 11. März

„Stadt-Genienolonie.“

Der „Erste Schreibereverein Halle-S-B.“ veranlaßt am Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, in seinem Vereinssaal am Boesenerweg ein Wohltätigkeitskonzert, zu dem der Gelangener „Wiederhall“ unter persönlicher Leitung seines Dirigenten Herrn Musikdirektor W. Burckhardt sich hat bereit finden lassen. Der Ertrag dieser Veranstaltung soll dazu mitwirken, einer Anzahl schwächlicher Schüler und Schülerinnen unserer W. I. Schulen, für die sich die Aufnahme in eine auswärtige Genienolonie nicht ermöglichen läßt, in der Anlage des Schreiberevereins Aufenthalt und Bewegung in freier Luft und den Genuß guter Mili zu gewähren. Diese Einrichtung von „Stadt-Genienolonien“ hat sich in anderen Städten aufs beste bewährt, und es steht deshalb zu hoffen, daß der Schreibereverein, der schon im vorigen Jahre mit dieser Einrichtung einen ersten Ufprung gemacht hat, durch das Wohlwollen unserer Mitbürger in seinen gemeinnützigen Bestreben unterstützt wird. Programme zum Preise von 25 Pf. sind im Zigarrengeschäft des Herrn Max Müller, Leipzigerstraße 84, im Café Bräse, Rennplatz, bei Herrn S. Friese, Reform-Drogerie, Schulz. 52, sowie im Vereinskauf zu haben. In der am 15. d. Mts. stattfindenden Monatsversammlung wird Herr Magist. S. Würtler über „Die Kasse ich mich vor zu hoher Steuererhöhung?“ sprechen. Auch zu diesen Versammlungen sind Freunde der Schreiberevereine als Gäste willkommen.

Wer ist der Selbstmörder?

Am 20. Februar hat sich, wie mitgeteilt, in Halle ein scheinbar den besten Stunden angehöriger Mann erschossen, dessen Identität trotz eingehender Erörterungen noch nicht festgestellt werden konnte.

Der Unbekannte war 45 bis 50 Jahre alt, hatte hellblondes, gestricheltes Haar, blonden Schnurrbart und Spitzbart, war von schlanker Gestalt und hatte gesunde Gesichtszüge. Er trug u. a. grauen Schlapphut, braune Lederhosen mit Pelzrinne, weißes Oberhemd und schwarzen, breiten Schlips. Bei sich führte er ein weißes Taschentuch, gez. „R.“, einen Klemmer mit silberner Einfassung, an der linken Hand zwei Trauringe, gez. „S. C.“ und „A. D.“, einen Kettenturm mit Monogramm „S. C.“, ferner ein Taschentuch, gez. „W. L.“, eine Damensporttasche mit der Aufschrift: „Zum Andenken an unsere Verlobungstag am 5. Februar 1910, Hebe“ und andere Sachen.

Kunstmalerverein. Am Sonntag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, hält in der Loge „In den 8 Tagen“ Herr Stadtkaufmann Prof. S. Gräßel aus Mühlhausen einen Vor-

trag über: „Grabdenkmäler und Rädtische Friedhöfsanlagen“. Lichtbilder und Entwürfe ausgeführter Friedhöfsanlagen werden den Vortrag illustrieren. Der Eintritt ist frei.

Die Leipziger „Spielvereinigung“, deren Spiel gegen unsere 98er am kommenden Sonntag allgemein mit Interesse erwartet wird, wurde zuerst bekannt durch ihren überaus glänzenden Sieg gegen den ausgeschiedenen Kapitän H. C. von 3:1. Daß dieser Erfolg auf fremden Boden nicht dem Zufall zuzuschreiben war, zeigte die junge energische Mannschaft ihre ersten Siege in den diesjährigen Meisterkämpfen des Leipziger Gaues. Der vorjährige Gaumeister Vacker-Beigig mußte sich eine Niederlage von 4:4 gefallen lassen, genau mit demselben Resultat unterlag die hier bestausbekannteste Sportfreunde, und sogar der Meister der B-Abteilung Olympia unterlag den tüchtigen „Turnern“ noch nur 3 Wenden mit 3:2. Gegen Dresden 93, zeigte eine der besten Mannschaften von Elbflorenz, erzielte die Spielvereinigung das hohe Resultat von 7:1. Jedemfalls darf man von dem Zusammenreffen dieser hervorragenden Elf mit unseren 98ern mit Recht ein spannendes, interessantes Treffen erwarten. — Beginn 1/4 Uhr pünktlich auf dem Sportplatz der 98er.

Beamtenverein Gläuau, C. B. Gegründet 1896. Der Verein, ein Zusammenschluß lediger Grundbesitzer in der Halleschen Bezirke gelegenen Bezirke, hält am nächsten Sonntag, den 13. d. Mts., um 4 Uhr, im Schulliedersaal, Werbergstraße 10, seine Monatsversammlung ab. Für die nächste Zeit sind mehrere sachdienliche Vorträge und die Beschäftigung interessanter Betriebe in Aussicht genommen.

Verein für Naturkunde. Die nächste Sitzung muß verschoben werden. Sie findet am Mittwoch, den 16. März, 8 1/2 Uhr, in der Dresdener Bierhalle (Kaulenberg) statt. 1. Geologisch über die Saale. (Herr G. Richter.) 2. Mitteilungen. — Gäste sind willkommen.

Christlicher Verein Junger Männer. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird Herr Dr. König einen Vortrag halten über das Thema: „Grundzüge der Heils- und Staats-Verfassung“. — Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt ist frei.

Provinzial-Nachrichten.

Eine Konferenz für Heimatschutz.

Merseburg, 9. März. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten a. H. H. fand gestern abend im hiesigen Schlossgartenalon eine Konferenz für Heimatschutz statt. Ueber heimatische Bauweise und Heimatschutz in der Provinz Sachsen sprach Landesbaumeister und Provinzialkonservator H. E. Merseburg.

In einer Reihe von Städten und kleineren Ortschaften sind auf Grund des Gesetzes Ortsstatute erlassen, für landschaftlich hervorragende Gegenden Schutzbestimmungen getroffen worden; so für das Saatal bei Kösen, das Saal- und Unstrutal im Kreise Zwickau, die Gegenden von Stolberg und Griebenberg, die Umgebung von Bad Sachsa, Bismarckstein und Wiedersberg, die Gegend von Thale, Bernigrode u. a. m. Mehrere Kreise haben ähnliche Statute erlassen als Kreisbaumeister angelehnt, andere haben die Verbesserung durch Beschaffung guter Bevölkerungshäuser und Prämierung vorzüglich ausgeführter Bauten gefördert. In Erfurt sind im Landesverein des Bundes für Heimatschutz, in Halle im Ausschuss zur Begulung landwirtschaftlicher Fragen Ausschüsse entstanden, die praktisch arbeiten. Alles das sind erst Anfänge; aber nach den im Königreich Sachsen herauf gemachten guten Erfahrungen ist zu hoffen, daß diese Maßnahmen bei der Maßgebender Verantwortlichkeit bald einen bemerkenswerten Erfolg haben werden.

Darauf erörterte Regierungs- und Bauamt Rans-Entwurf die Arbeit des im Frühjahr 1909 zu Erfurt begründeten Bundes für Heimatschutz, der in erfreulichem Aufschwung begriffen ist. Dann folgte ein Bericht über die Förderung der Naturdenkmalspflege in der Provinz Sachsen durch den Geschäftsführer des Provinzialkomitees Professor Dr. Mertens-Magdeburg.

Am Schluß der zweistündigen Versammlung gab Oberpräsident v. H. H. dem warmen Danke der Zuhörer an die Referenten über den Ausbruch und hat, die wichtige Sache des Heimatschutzes und der Naturdenkmalspflege eifrig zu fördern.

Zwei Gelbfabrikanten.

(1) Leipzig, 9. März. In der letzten Zeit sind in verschiedenen Fällen in Leipzig Giftstoffe von Jünfmannschen preußischen Gepräges mit dem Minuszeichen A, Jahreszahl 1900 und dem Bildnis Kaiser Wilhelms II. in Verlechte gebracht worden. Insbesondere wurden Kellerinnen und Drochsenkäufer mit dem falschen Gelbe betrogen. Der Kriminalpolizei gelang es, die Fälschungen, Verfertiger und Verbreiter in einem 50 Jahre alten Tapezierer aus Klappenbach bei Comnagisch und einem 44jährigen Schneider aus Ober-Börmede, Kreis Oschersleben, zu ermitteln und festzunehmen. Beide Personen haben schon schwere Zuchthausstrafen verbüßt, der Tapezierer ist auch schon wegen Münzverbrechens verurteilt.

Die Fälschungen dienten sich in Leipzig unter falschen Namen aus, in ihrer Wohnung wurden Formen und Gussfilate gefunden.

Burgenfahrt.

Die diesmalige Burgenfahrt der Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen nach Thüringen wird noch einer zwanglosen Vorversammlung am 19. März, auf dem Bestimmung der Vereinigung, der Marzburg, mit einer Fahrt nach Coburg angeordnet. Das als Hauptversammlungsamt dienen soll. — Man rechnet auf eine Teilnahme von 150 bis 200 Personen, die sich dort



Man verlange ausdrücklich Forman. Es gibt Nachahmungen!

Letzte Nachrichten.

Seine Luftschiffkation in München.

□ München, 10. März. (Privattelegramm.) Wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ erfahren, wird es für dieses Jahr nicht mehr möglich sein, in München eine Station für Zeppelin-Luftschiffe zu errichten und München in das Verkehrsnetz der Zeppelin-Luftschiffahrt einzubeziehen.

Gefühwechel.

H. Frankfurt a. M., 10. März. Der Zeitungsverleger August Sud, der an einer großen Reihe von Anzeigen und Tagesblättern unbestimmter politischer Richtung beteiligt ist, hat das Frankfurter amtliche Organ, das „National-Anzeigerblatt“, für 400 000 M. erworben und gedenkt das Unternehmen in eine G. m. b. H. umzuwandeln.

Im das Geld.

H. Wschaffenburg, 10. März. Vergangene Nacht erschloß der Schuhwarenhandler Hermann a. Höhe seine Stiefelwerkstatt Marie Schmid in ihrer Wohnung. Dann richtete der Mörder die Waffe auf sich selbst und tötete sich. Der Grund zur Tat ist ein Erbschaftsstreit um das Vermögen der Mutter.

Dr. Kuegers Vermächtnis.

H. Wien, 10. März. Dr. Kueger vermachte sein ganzes Vermögen, bestehend in 120 000 Kronen, seinen beiden Schwesern. Nach deren Tode soll der Nachlass dem Kuegerkitt für verarmte Gewerbetreibende ausfallen. Dienstag soll der Führer der christlich-sozialen Partei nominieren. Da Prinz Alois Liechtenstein wegen Kränklichkeit absehen dürfte, sollen die Führung gemeinsam Gesmann und Ebenhof übernehmen.

Der Fall Ducy.

H. Paris, 10. März. Der Untersuchungsrichter hat heute in der Brindatwohnung des Liquidators Ducy eine neue Hausung vorgenommen und eine genaue Inventur der von ihm beschlagnahmten Schriftstücke und Bücher aufgestellt.

Zur Reise Milowanowitschs.

H. Sofia, 10. März. Der türkische Minister des Äußeren Milowanowitsch ist heute früh hier eingetroffen und hatte eine kurze Besprechung mit dem Minister Paprikow. Zu der bekannten Erklärung fügte der Minister hinzu, daß seinem Eindruck nach die Türkei einer Gruppierung der Balkanstaaten günstig gesinnt sei und daß sie in Zukunft in ihrer Richtung nur weiter schreiten könne.

H. Konstantinopel, 10. März. Zwischen dem türkischen Minister des Äußeren Rifika Pascha und Milowanowitsch wurden die Formalitäten der Besuchspreise des Königs von Serbien an den Hof des Sultans vereinbart. Der König wird in der zweiten Hälfte des April hierher kommen.

Fürkenbesuche in Petersburg.

H. Petersburg, 10. März. Der Bruder des Sultans soll auf seiner Rundreise an die europäischen Höfe zuerst hier eintreffen. — Der König von Serbien wird hier mit großen Ehren empfangen werden. In hiesigen maßgebenden politischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß eine türkisch-serbische Entente gesichert sei.

Vom Streik in Philadelphia.

H. Philadelphia, 10. März. Die Nachschiff der Baldwinlokomotive trat teilweise in den Streik, so daß von 10 000 Arbeitern etwa die Hälfte ausständig ist. Diese Lastfrage ruft große Erregung hervor. An fünf Stellen ist es heute zu Ruhestörungen gekommen, die schwerste derselben fand in der Vorstadt Germantown statt.

Schachkonkurrenz in Ungarn.

H. Kronstadt, 10. März. Im April findet hier eine große Konkurrenz der Meister des Schachspiels statt. Die bedeutendsten ungarischen, österreichischen und hiesigen Schachmatadore wurden vom hiesigen Komitee hierzu eingeladen.

Vermischte Drahtnachrichten.

H. Madrid, 10. März. Wie aus Casablanca berichtet wird, ist ein Vorposten der fliegenden Kolonne des Generals Moines von etwa 800 Mitgliedern des Stammes der Gaers, die L. mit modernen Gewehren ausgerüstet waren, überfallen worden. Die Angreifer wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Auf französischer Seite gab es keine Verluste.

H. Lorient, 10. März. An Bord des Panzerdampfers „Marcellin“ explodierte ein Dampfrohr. Drei Matrosen wurden lebensgefährlich verbrüht.

Kirchliche Nachrichten.

St. Stephanus. Freitag abend 8 Uhr Passionsgottesdienst, Pastor Meinhof.

Unterhaltungsblatt.

Frau Leutnant. Erzählung von Heinrich Lee. (Fortf.) — Nur eine „Stippvisite“. Skizze von E. Fahrenow. — Bunte Zeitung. — Der Bührerich.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gedicht und Fabel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Belletristik und Sport: Carl Földow; für das Feuilleton und Vermischtes; i. V. Martin Feudwanger; für den Satireteil: Friedrich Enderst; Druck und Verlag von Otto Henkel. — Jede Nummer enthält 8 Seiten. — Einschließlich Unterhaltungsblatt.

fallungsmäßige Aufkündigung zu erklären. Das Verordnungsamt wird diesem Antrag sogleich in nächster Zeit beitreten. (Debitische, 8. März. (Toisefahren.) Der 25 Jahre alte Telegraphenarbeiter Ebeling aus Gardelegen nahm mit mehreren anderen Arbeitern Aufstellungen an der Strecke Debitische-Salzwedel vor. Die Arbeiter benutzten eine Wanne, um zum Bahnhof Sudbucht zu gelangen. Ebeling löppte die Wanne an einen Güterzug. Kurz vor der Arbeitsstätte stürzte er bei der Abstoppelpung der Wanne ab auf die Schienen und die Wanne ging ihm über den Leib, wodurch der Tod sofort eintrat.

8 Halberstadt, 9. März. (Einbruch in Diebstahl.) In einer der letzten Nächte haben Dieben aus dem Grundstück Sebanstraße 61 sich befindenden Arbeitsraum der Bazarfabrik von Hermann Wille u. Co. einen Einbruch abgeleitet. Hierbei sind den Dieben an barem Gelde rund 70 Mark in die Hände gefallen, während sie in ihrem Versteck eine Geldkassette in der Kasse unter dem Einfluß liegenden 20 Mark-Scheine und noch anderes Kleingeld unberührt ließen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

9 Bangerweien, 9. März. (Großfeuer.) Heute früh in der 4. Stunde war in der Thälinger Holzwarenfabrik G. m. b. H. Feuer ausgebrochen, das mit rasender Schnelligkeit sich ausbreitete und binnen kurzem das ganze Anwesen in Flammen legte. Die Feuerwehre stand dem entseelten Elemente machtlos gegenüber und konnte sich nur darauf beschränken, die angrenzenden Nachbargebäude zu retten. In der Fabrik sind auch Waren für etwa 5000 Mark, die zum Versand kommen sollten, mit verbrannt. Der erstickende Schaden ist groß und nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Etwa 80 in der Fabrik beschäftigte Arbeiter sind durch den Brand beschäftigungslos geworden.

□ Zerbst, 7. März. (Der Bau der neuen Volksschule) ist nun geendet, was auch sehr zu wünschen war. Für 1640 Schüler und Schülerinnen lassen sich 24 Klassenzimmer zu Gebote. Die Kinder konnten keine Rollenunterricht haben, da 10 Klassenzimmer für 20 Klassen benutzt werden müssen.

□ Gera, 7. März. (Diebstahl.) In Gera wurde auf der Straße ein von einem Dienstmädchen verfolgter Einbrecher aufgelesen und verhaftet, der dem Mädchen aus dem Rocker 125 M. gestohlen hatte.

+ Greiz, 10. März. (Automobilabgaben.) Der Landtag von Meißn. hat die Regierung um eine Vorlage ersucht, durch die in Zukunft die Automobile zur Zahlung des Chausseegebührens herangezogen werden sollen. Diese Abgabe soll dem Staat einen Ertrag bieten für die Beschädigung und Abnutzung der Straßen durch Automobile.

□ Niedergrünfeld bei Weimar, 9. März. (Ein blutiges Familien-drama) spielte sich heute früh hier ab. Der dortige Einwohner Widartzsch nahm einem Familienzwist auf seine Frau, die durch einen Schuß in den Leib schwer verletzt wurde. Dann richtete der Mann die Waffe gegen sich selbst, so daß er ebenfalls in den Leib und schnitt sich die Kehle durch, so daß der Tod sofort eintrat. Die Frau wurde ins Sophienhaus hier gebracht, um operativer Eingriff vorgenommen werden soll. Heber die Ursache des Familienwittes sind die verschiedenen Gerüchte im Umlauf. Das Ehepaar war erst seit August vorigen Jahres verheiratet.

* Gohlberg, 9. März. (Noch immer auf freiem Fuß.) Der Mörder Heinrich Widung aus Wölflitz wurde gestern vormittag im Tale der Weissen Gera gefangen und von einer dort wohnenden Frau aus Ohrdruf erkannt.

v. Kassel, 8. März. (Streuerhöhung.) Die Stadtverordneten genehmigten den Ent und die Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer von 180 auf 135 Prozent.

Leipzig, 10. März. (Todesurteil eines Kindes.) In dem Grundstück Dörfelstraße Nr. 20a in L.-Sellershausen tötete gestern die 2½ Jahre alte Hildegard Bittasch, Tochter des Mechanikers Johannes Bittasch, vom dem in der dritten Etage gelegenen Balkon der eierförmigen Wohnung in den Hof hinab. Das Kind war sofort tot. Die Mutter des kleinen Mädchens war zu der freilich Zeit mit auf dem Balkon gewesen. Die sofort einsetzende Untersuchung wird ergeben, ob jemand ein Verschulden an dem Anfall beigemessen ist.

Dresden, 9. März. (Aus dem sächsischen Landtage.) Auf eine Anfrage der Deputation hinsichtlich der Vereinfachungen in der Verwaltung hat das Finanzministerium in einem sehr ausführlichen Schreiben vom 1. März geantwortet, daß durch Generalverordnungen und Anweisungen im Bereiche des Finanzministeriums, und zwar bei der Verwaltung der direkten Steuern, der Zollverwaltung, im Bergwesen, in der Forstverwaltung, der Intradenverwaltung, bei der Eisenbahnverwaltung, in Straßenhauischen usw. ferner im Bereiche des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern und des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts wesentliche Vereinfachungen eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden.

Luftschiffahrt.

Das Defizit der „Ja“ von Frankfurt a. M. Das Defizit der Frankfurter „Ja“ ist im Finanzausfluß festgestellt worden. Es beläuft sich auf über 200 000 Mark, so daß die Zeichner des Garantiefonds mit etwa 20 Prozent zur Deckung herangezogen werden. Ursprünglich glaubte man mit einem Satz von 15 Prozent auskommen zu können, doch hat sich nachträglich herausgestellt, daß eine Reihe von Garantiefondsgeheimern gar nicht in der Lage war, den entsprechenden Teil der von ihnen gegebenen Garantien zu zahlen. So hat zum Beispiel ein Hotelier 20 000 Mark gezahlt, der noch während der „Ja“ in Konkurs geriet.

Die Hauptgründe des Defizits sind zu suchen in dem anhaltend ungünstigen Wetter, in den teuren von Bauausfluß ausgehenden Ballonfahrten, vor allem in der Unrentabilität einzelner Unternehmungen, an denen sich die „Ja“ finanziell beteiligt hat. So erforderten sehr bedeutende Zuschüsse das „Ja“-Theater, in dem auch Reinhardt galbrierte, das in Konkurs geratene Luftschiffpanorama und das Kabarett.

Der löstliche Aufsicht des Ballons Leipzig des Leipziger Vereins für Luftschiffahrt vollzog sich bei herrlichem Frühlingswetter. Vormittags erhob sich die bis dahin von Manen gehaltene Ballonantel vom Leipziger Sportplatz in die nur ganz langsam bewegte Luft. Aufeinander war der mitgeführte Ballonvorrat etwas zu schwer, denn der Ballon schwebte anfangs dicht über der Erde und konnte erst nach Ausgabe von Ballast noch auf dem Sportplatzgelände hoch gebracht werden. Die Führung des Ballons lag in den Händen des Vorstehenden des Leipziger Vereins für Luftschiffahrt, Hofrat Professor Pfaff, den drei Mitfliegende begleiteten. Nach dem Aufsteige, dem zahlreiche Zuschauer bewohnten, löst der Ballon, der stilles Windstärkung folgend, die Richtung nach Westen ein. Um 6 Uhr wurde nach dem Gut Frankenfelde bei Meierhorst, unweit Debitische, glatt gelandet.

aus allen Teilen Deutschlands vereinigen werden und hofft auf die Unterstützung der Behörden und Kaufleute, um eine Fahrt durch Thüringen recht leicht zu machen. Es heißt noch nicht fest, ob die Fahrt über die Strecke Coburg, Grimnitzthal, Esch, Arnstadt, Erfurt und Weimar oder über Coburg, Ritzschensfeld, Saalfeld und Ilmenburg führen wird. Beide Strecken haben ihre großen Reize. Es sei nur hingewiesen auf die Drei Gleichen, während auf der anderen Seite Kronach, Saalfeld mit dem Riechstein und dem hohen Schwarm, Blankenburg mit dem Greiffenstein, Weiba mit der hochinteressanten Oberburg usw. besucht werden können.

Es ist beabsichtigt, einen Ausschuß zu bilden, in den die maßgebenden Bezirksvereinigungen der Thüringer Staaten und der benachbarten Provinzen gewählt werden sollen, um, wie es in den nächsten Jahren geschehen ist, die Arbeiten vorzubereiten. Als Ort der ersten Sitzung ist G. o. t. h. a. oder Weimar vorgeschlagen. Der Direktor der Vereinigung, Seine Hoheit der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, wird der Fahrt von Coburg aus beimohnen.

Aus der „guten alten Zeit“.

Wittenberg, 9. März. Am 1. Juli 1882 gibt die Berlin-Preussischer-Eisenbahn-Aktiengesellschaft in den Besitz des Vertriebsstaates über. Dabei wurde auch mit mander auf dieser Eisenbahnlinie eingerissen „Gemüthsleid“ gründlich aufgeräumt.

Wie weit mitunter gediehen war, das erliest man, so erzählt das „W. Zf.“, aus den verschiedenen Berichten, die damals in den Kreisen der Beteiligten in einem gewissen Stof erzählt wurden. So rühmte ein ergrauter Bahnhofsinspektor Schmügelnd, wie er als junger Bahnhofsmitarbeiter alle bis zum Ende der dem Schmelzunge von Jüterbog nach Halle zu seiner Fahrt gefahren sei, um am nächsten Morgen auf bestem Wege vom Windeberge wieder in den Bureauendienst zurückzugehen. Damals konnte es auch geschehen, daß ein höherer Verwaltungsoffizier sich abends eine Vorlesung anspannen ließ, um mit seiner Familie, nach Besah in das Theater zu fahren, und nachts auf der unbekanntem Bahn wieder zurückkehrte. Die Krone dieser „Gemüthsleid“ oder bildet folgendes Stückchen aus den schmerzlichen Jahren:

Der Gehog von Anhalt war mit einem Extrazug von Dessau nach Ballenstedt gefahren und hatte dem Lokomotivführer als Geschenk 15 Taler in drei neuen fünfmalerscheinen überreichen lassen. Auf der Rückfahrt der Maschine nach Cöthen öffnete der Lokomotivführer sein Taschenbuch, um seinem Heizer den Schatz zu zeigen, aber ein plötzlicher Windstoß, der über die damals noch unbefestigte Maschine strich, riß die Geldscheine fort und führte sie wie leichte Schmetterlinge weit über das Feld. Die Maschine wurde auf offener Strecke still angehalten, und Lokomotivführer und Heizer machten sich ungeduldig auf die Suche nach den verlorenen Pflichten. Nach vielen Kreuz- und Querzügen fanden sie diese auch glücklich wieder auf. Dabei waren aber die Beiden in die Höhe eines Dorfes mit einem guten Weinstock gekommen und beschloßen nun, teils um sich nach den Annehmungen der Gesellschaft zu richten, teils um den Gehirnen eine positive Jagd unmöglich zu machen, beide dort umzuwecheln und teilweise in Bier und andere leibliche Genüsse umzusetzen. Das beorgten sie denn auch recht gründlich, während die Maschine ruhig auf ihre Rückfahrt wartete, und man in Cöthen in großer Beorgnis um die Maschine und deren Besatz war.

Bei dem Schmeid, der heute in allen Zweigen unserer Eisenbahnverwaltung herrscht, nuten uns derartige Erzählungen aus der „guten alten Zeit“ wie Märchen an.

Im Jähren.

Weimar, 9. März. In Niedergrünfeld ist heute früh nach einem Familienzwist im Jähren der Landwirt Widartz auf seine Ehefrau und verletzte sie schwer. Dann schloß er sich eine Kugel in den Kopf und war sofort tot. Die Frau wurde nach Weimar in das Sophienhaus gebracht. An ihrem Aufkommen wird gewagt.

H. B. Salzünde, 10. März. (Kaffhäuser-Exzesse.) Das für Sonntag, den 6. März, angelegte Stück „Der Kaffhäuser“ nach dem 3. Akt, nachdem alle Plätze im großen Saal dicht besetzt waren, seinen Anfang. Von Halle waren Herr Oberbürger Greiner mit seiner Gattin, die Darstellerin der Posse vergangenes September im „Wintergarten“, und noch einige andere Herren erschienen. Der Vorhang wurde stets nach großem Beifall heruntergelassen. Die meisten Zuschauer waren aber die von Mittelbüren des Mannergalangers ein Salzünde vortrefflich ausgeführte Darstellung recht überaus. Auch der Verfasser hatte mit großer Verbundenheit den einzelnen Handlungen gelauscht und dante den Mitwirkenden mit warmen Worten der Anerkennung. Die nächste Aufführung soll am Sonntag, den 13. März, abends 8 Uhr stattfinden. Der 11 Uhr 30 Min. von Cöllme nach Halle abgehende Zug macht es auch Hallenfern möglich, noch am Abend heimkehren zu können. Für die patriotische Latzient dem Männergalangere ein Salzünde besondere Hochachtung, aber auch recht zahlreicher Besuch für seine Mühe und seine Anstrengungen.

H. Hohenhausen, 9. März. (Kuhleise Hände) haben die Tafel in dem Gedenken an der Billardtische in unserer Kaiser-Waldheim-Anlage gerümmert.

— Von der Weisheit, 9. März. (Nächtlichen Wahlen) unseres Deputations sind Ermittlungen über die Ballotkraft angeleitet worden. Es ist dies, welches im Interesse der Landesanstalt für Gesundheitswesen, welche beabsichtigt, eine Statistik der in Norddeutschland vorhandenen Ballotkraft aufzunehmen, die einen allgemeinen Uebersicht über die Wasserführung der Bäche und kleinen Flüsse, über ihre natürlichen Wasserkräfte und das Maß ihrer jetzigen oder künftig noch möglichen Ausnutzung gewinnen soll.

□ Giesleben, 10. März. (Städtische Oberrealschule.) Bei dem am 1. März, Provinzial-Schulcolloquium zu Magdeburg, ist in den Ertrag des Unterrichtsministeriums, eingegangen, nach dem die Anerkennung der Anstalt als Realanstalt (Oberrealschule) erfolgt ist. Somit ist endlich erledigt worden, was seit Gründung der Schule seit mehr als 30 Jahren als erstrebenswertes Ziel gegolten hat.

□ Wittenberg, 8. März. (Electricitätsstellungs-genossenschaft.) Wie das Wittenberger Tageblatt“ hört, sind die Erhebungen zur Errichtung einer Electricitätsstellungs-genossenschaft in der Ebene zum Abfluß gebracht worden und haben ein günstiges Resultat erreicht. 700 23 Ortshausen und Güter haben 3500 Lichtlampen und 700 Pferdekräfte Motoren genehmigt. Die mit den Vorarbeiten betrauten Siemens-Schubert-Gezelle sind mit der Aufstellung und Anbringung des Projectes beschäftigt. Eine Gründung der Genossenschaft wird bald erfolgen.

□ Magdeburg, 10. März. (Die Vorlage betr. die Eingemeindung der Gildhäuser.) Im Vernehmlich ist für den vom Abgeordnetenhaus hingerichteten gemeinsamen Gesuchentwurf über die Erweiterung des Stadtbezirks Magdeburg der Oberbürgermeister von Halberstadt Dr. Gerhardt zum Berichterstatter bestellt worden. Er beantragt, dem Gesuchentwurf in Uebereinstimmung mit dem Hause der Abgeordneten unversändert die ver-

Vermischtes.

Das Verschwinden des Pfarrers Münchener

von Bondorf hängt, wie sich jetzt herausstellt, mit einer in der Folge auf gussfähige Züge des Stills zusammen. Das „Sauerhofs Vaterland“, dessen Mitverleger und Mitarbeiter Münchener war, äußert sich zu der Sache u. a. wie folgt: Die Untersuchungsaffäre Münchener-Bondorf ist immer weitere Kreise. Die über Hals und Kopf arbeitende Revillon des Landesverbandes, dessen energische Arbeit die Aufhebung der vermuteten Unregelmäßigkeiten zu danken ist, ist eben daran, die Höhe der Verluste festzusetzen. Nach den eigenen Aufzeichnungen Münchener beträgt der Gehaltsbetrag eine bedeutende Höhe. Der fassensichere Betrag der ganzen Bevölkerung soll dem scheinbar geschäftsführenden Pfarrer auch größere Summen in Bargeld und Wertpapieren übergeben haben. Diese Privatpapiere und auch ein Verzeichnis darüber sind bis jetzt nicht auffindbar. Man sieht vor einem unüberschaubaren Rästel, mit dem sich Staatsanwalt und Richter zu beschäftigen haben werden. Soweit ist sicher, daß die große Vertrauensseligkeit, von der auch seine intimen Freunde und auch wir nicht unberührt geblieben sind, sich bitter rächen und unermesslichen materiellen und ideellen Schäden und Ruin im Gefolge haben wird.

Nach dem „Bayer. Kurier“ spricht man von einem Defizit von 120 000 Mark. Außerdem wird dem Blatt berichtet, daß Pfarrer Münchener nicht nur das Geld des Darlehensgesellschaften veruntreut hat, sondern auch ihm anvertraute Gelder seiner Pfarrkinder.

Attentat auf einen Schuymann. Der zwanzigjährige Mobellmacher Hofmann in München, der kürzlich in einem Erpressungsverfahren genannt wurde, war durch einen Schuymann aus der Untersuchungsphase zur militärischen Welterung vorgeführt worden. Auf dem Rückwege zum Gefängnis brachte der Häftling plötzlich dem Schuymann zehn Stiche mit einer Schusterhahne in den linken Oberarm bei. Beim Ringen stürzte der Schuymann zu Boden und brach sich den rechten Arm. Ein mit einem Wundarznei herbeieilender Arzt, der den Vorgang beobachtet hatte, löste auf Hofmann so wütend ein, daß dieser bewußtlos liegen blieb und von den inzwischen alarmierten Gefängniswärtern weggeführt werden mußte.

Mord. Der 24 Jahre alte Dienstknecht Albert Schöpper aus Weierm bei Rathenow, hat im Dorfe Stölln bei Rätzin, Kreis Westhavelland, die 22 Jahre alte Dienstmagd Martha W., aus Schneidemühl gebürtig, beim Weiten im Viehstall überfallen und durch Pfeilschüsse getötet. Der Täter, der einen Selbstmordversuch unternahm, wurde ergriffen.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich nach einer Depesche des „Newport Herald“ aus Rom in einem Situatigraße in der Via Condottieri in San Sebastiano bei Mantua ereignet. Eine Gabelriege, auf der 80 Personen sich genommen hatten, brach plötzlich zusammen, wobei eine Person getötet wurde. Mehrere andere erlitten schwere Verletzungen.

Eine ganze Familie verbrannt. In Suiswiche in Galizien brach ein Brand aus, der das ganze Dorf einäscherte. Ein Bauer rettete sich mit seiner Frau und fünf Kindern durch einen Sprung aus dem Fenster. Alle sieben Personen erlitten wieder in das brennende Haus zurück, um die Geldmittel in Silberstücken zu bringen. Die ganze Familie wurde später als verbrannte Leichen aufgefunden.

Ein schwerer Unglück wird aus Mentone gemeldet. Ein Herr Schmidt aus Bremen und Frau, die seit 14 Tagen im Riviera-Palasthotel daselbst abgelenkt waren, unternahmen einen Ausflug im Zweifänner. Als das Gefährt die Rivierastraße dahinfuhr, löseten plötzlich die Pferde und der Ausfuhr verlor die Herrschaft über die Tiere, die wie toll davonrauten. Der Wagen wurde gegen eine Straßenmauer gefahren und stürzte den fesseln Aitenabwärts hinab. Frau Schmidt war auf der Stelle tot; ihr Gatte wurde schwer verletzt.

Der unternehmungslustige Knaben aus Liverpool traf mit dem Dampfer „Nigeria“ in Plymouth ein. Die Kapitänin des Dampfers „Karina“ eine Reife nach den kanarischen Inseln gemacht, ohne allerdings Fahrkarten zu lösen. Auf die Frage, warum sie sich auf der „Karina“ verbeifelt hätten, antworteten die vier zwölfjährigen Knaben: „Um Recht zu erhalten.“ Und auf die weitere Frage, ob sie die gewöhnliche Arbeit gefunden hätten, erwiderten sie straflos vor den Richter: „Ja, wir haben seit unserer Verreise von Liverpool nicht, als Kapitänin, als Bediensteter und als Unternehmungslustige gerufen.“ Einer der Knaben erzählte, daß sie sich in den Rettungsbooten verbergen hätten und vierundzwanzig Stunden in ihrem Versteck ausgeharrt hätten, bis sie der Hunger hinausgetrieben habe. Als sie zum Vorkommen kamen, war der erste Offizier des Schiffes sehr erstaunt und der Kapitän sagte ihnen, daß sie für ihren Unterhalt arbeiten müßten. Die „Karina“ hatte eine außerordentlich schnelle Reife, und bei den kanarischen Inseln wurden die vier Knaben auf den auf der Seimreise begriffenen Dampfer „Nigeria“ gebracht. Obgleich die unternehmungslustigen jungen Herrn sehr stolz auf ihre bestandenen Abenteuer sind, scheint ihnen doch die Luft am Gefährten verhangen zu sein, denn sie waren froh, wieder nach ihrem heimlichen Liverpool zurückgeführt zu werden, obgleich sie dort wahrscheinlich mit dem Säckchen in zeitl. Verhältnisse kommen werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 214,25, Diskont 196,87, Deutsche Bank 239,50, Berliner Handels-Gesellschaft 181,50, Dresdner Bank 165,62, Russische Anleihe von 1902 91,20, Türkensule 162,50, Lombarden 23,20, Kanada 183,50, Baltimore 113,40, Laurahütte 176,12, Bochumer Union 248,75, Gelsenkirchen 217,62, Harpener 202,75, Deutsch-Luxemburg 21, Pfund 225,37, A.-E. 268,37, Siemens & Halske 238,37, Hamburger Paketfahrt 143,37, Nordd. Lloyd 106,87. Tendenz: Fest. Am Kassamarkt notierten höher: Park Witzleben 70, Wickenbräuerei 2, Hofmann Waggon 4,40, Kronprinz Metall 3, Linke Waggon 3, Sangerhäuser Maschinen 2, Westf. Kupfer 2, Anilinfabrik 2,28, Stärke, Hofmann 2, Zeilner chem. Fabrik 3, Lüneburger Wachsbleiche 3, Stearn Romani 4,75, Sturm Fabrik 4, Simons 3,50, Concordia Bergbau 6, König Wilhelm 2, 3, 5, 0, Gehardt & König 2,65, Nordd. Spritwerke 2, Sarotti 2,20, Thale Aktien 2,25, Alheid Cronen Papier 2, Tiffhaber Plöha 4, Thale Aktien 2,00, Hoesch 2, Kottwitzer Bergbau 2,40, Menden & Schwerte 2.

Neue Konventionen in der Postkartindustrie. Nachdem vor einigen Monaten nach dem Vorbilde der Postkartkonvention eine Preisvereinbarung der Autochrom-Produktionsfabrikanten abgeschlossen ist, schreiben hierzu Verhandlungen über die Bäckerei- und Nordsee-Fabrikation der Chironpostkartfabrikanten und der Fabrikanten für Vierfarbendruck.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Table with columns: Guld, Briar, Luno, Guld, Briar. Lists various locations like Adler-Kalk, Alsenhals, Beieroda, Burboch, Carlshof, Giesendahl, Dödemona, Dsch. Kalk, etc.

Landwirtschaftliches Kalkwerk Gewerkschaft Allergingersleben.

Wie gemeldet wird, wurde im Geschäft das Salzgebräue angefahren. Greppner Werke. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Ingenieur Greiner wurde wieder- und an Stelle des langjährigen Mitgliedes Eisenmeister Stenge- der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegt hat, Nordsee-Fabrikation der Chironpostkartfabrikanten und der Fabrikanten für Vierfarbendruck.

Verdigung von Portlandzement.

Aus dem Ausschreiben von 370 Mk. langsam bindenden Pfandzements erhielt nach der „Köln. Ztg.“ die Eisenhändlerei Kassel folgende Angebote: Rheinisch-Westfälisches Zementyndikat in Bochum 16,50 Mark frei Hörter; Miesburyer Portlandzementfabrik „Kronberg“ 18,10 Mk. frei Milsburg; Kösenor Portlandzementfabrik Akt.-Ges. in Bad Kösen 17,10 Mk. frei Werk; Baumaterialien-Großhandlung von Heinrich Flocke in Oldenburg belgischen Portlandzement frei Barmstorf Kassel zu 18 Mk.; Portlandzementfabrik „Germania“ 18,66 Mk. frei Lehrte; Hannoverischer Portlandzementfabrik 18,65 Mk. frei Milsburg; Vereinigte Harzer Kalkindustrie in Elbingerode a. H. 16,50 Mk. frei Werk; Portlandzementfabrik „Teutonia“ 14,70 Mk. frei Milsburg; Braunschweig-Portlandzementwerke in Salder 17,90 Mk. frei Dornberg; Portlandzementwerke in Schöningen 15 Mk. frei Werk; Portlandzementwerke und Kalkwerke Hardeggens H. Manske & Co. in Nordheim in Hannover 18,85 Mk. frei Werk; Portlandzementwerke Drachenberg 18,20 Mk. frei Werlengen; Sächsisch-Thüring. Portlandzementwerke Prüssing & Co. in Göschwitz 17,70 Mk. frei Schönebeck (Elbe). Sämtliche Preise verstehen sich für je 1000 kg frei der angegebenen Lieferungsart.

Bremer Linoleumwerke Delmenhorst.

Die Gesellschaft erteilt eine dratliche Meldung zufolge einen Feuerschaden von 50 000 Mk., der durch Versicherung gedeckt ist. Der Betrieb erlitt eine 25proz. Einschränkung für 3 Wochen.

Vereinigtes Elbfischfahrts-Gesellschaften A.-G. in Dresden.

Der Abschluß ergibt einen Bruttogewinn von 607 264 Mk. (i. V. 215 438 Mk. Verlust). Hervon sollen zu Abschreibung 536 728 (446 288) Mk. verwendet und nach Dotierung des Reservefonds eine Dividende von 1 (0) Proz. in Vorschlag gebracht werden.

Der Verein Deutscher Jute-Industrieller in Braunschweig.

berichtet unter dem 9. März: Kalkutta Markt höher. Hessians 10 1/2 bis 40 1/2 bedingen 9 Rs. per 100 Yards. — New York: Hessians 10 1/2 bis 40 1/2 bedingen 4,30 Cts. per Yard. — Dundee: Markt eher fester. Es notieren: Hessians 10 1/2 bis 40 1/2 d bis 1 1/2 d Nr. 6 per Yard. Turpanns 20 bis 45 d bis 3 1/2 d per Yard. Nr. 6 Schusszarn 1 s 5 d bis 1 s 5 1/2 d per Spynde. — Deutschland: Der Markt verliert bei regerer Nachfrage fast zu Preisen der Vorwoche.

Waren und Produkte.

Berliner Produktionsbörse. 10. März. Am Fröhmärkte notierten, Weizen inländ. 219,00, 221,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inl. 185,00, 184,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märzisch mecklenb. vor. mittel. preis. poenscher u. schlesischer fein 170 bis 178 mittel 164-166, serbe 168-169, russischer und Donau mittel 182 160, gering — ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. 148, 146, 144, 142, 140, 138, 136, 134, 132, 130, 128, 126, 124, 122, 120, 118, 116, 114, 112, 110, 108, 106, 104, 102, 100, 98, 96, 94, 92, 90, 88, 86, 84, 82, 80, 78, 76, 74, 72, 70, 68, 66, 64, 62, 60, 58, 56, 54, 52, 50, 48, 46, 44, 42, 40, 38, 36, 34, 32, 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18, 16, 14, 12, 10, 8, 6, 4, 2, 0. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 140,00 bis 146,00, gute 146 166, russische und Donau leichte 130,00 134,00, schwere 138-142 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futtererbsen, mittel und gering 128,00 132,00 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 0 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

Magdeburg, 10. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen, englischer und Sommer, flau, gut 210-216. Kolben Sommer, gut 219-229. Haub. gut 201-214. Roggen, inländ. flau, gut 152 166, Gerste, flau, gut 152 166, Weizen, inländ. flau, gut 152 166, Landergerste ab 152-160, ausländische Futtergerste, stetig, gut 127 bis 130, Hafer, flau, inländ. gut 100-105. Mais ruhig, runder gut 155 160 M.

Hamburg, 10. März. (Getreidemärkte) Weizen still, Ostholst. Meckling, 182-202 Roggen still, Meckling, und Pomm. 151-155, Gerste ruhig, südruss. 121,00. Hafer ruhig, Mecklenburger 163 bis 175,00. Mais ruhig, La Plata 117-119. Weizen, Cheviot-rühlig, flau, gut 152 166, Weizen, inländ. flau, gut 152 166, Landergerste ab 152-160, ausländische Futtergerste, stetig, gut 127 bis 130, Hafer, flau, inländ. gut 100-105. Mais ruhig, runder gut 155 160 M.

Hamburg, 10. März. Good average Santos vorm. nachm. abends per März 14,29/14,30 14,30 14,30 April 14,22/14,23 14,30 14,40 Mai 14,23 14,27/14,28 14,41/14,42 August 14,27/14,28 14,42/14,45 Okt.-Dez. 11,52/11,53 11,52/11,60 Jan.-März 11,60 11,60/11,61

Berlin, 10. März. Eier pro Schock, vollreife ausländische — bis 100 St. Anal. anal. abgerechnet 3,55-3,96 und ausländische geringere Sorten 3,35-3,45, weiße Sorten —, Kahlhauser —, Kalkauer 3,05, kleine Eier 3,10-3,15 Markt. Flau.

Berlin, 10. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,75-21,26. Feuchte starkes 10,50.

Nordhausen, 10. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105-106 185,50-186,50 M., 40 Vol. Proz. für 100 kg (106-107) 95,20-96,50 M., 50 Vol. Proz. für 100 kg (105-106) 118,75-120,75 M., 40 Vol. Proz. für 100 kg (106-107) 95,75-96,75 M., per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brenner.

Butter, Schmalz, Speck (Originalbericht von Gebr. Gense.) Berlin, 9. März. Butter: Obgleich der Konsum bei den hohen Preisen nachläßt, konnten die Zufuhren, die immer noch recht klein sind, den Bedarf nicht decken. Das Ausland erhöhte seine Forderungen weiter und lassen die Bezüge von dort keine Rechnung mehr, trotzdem mussten grössere Posten gekauft werden, da die inländischen Zufuhren nicht genügen. Die hiesigen Preise mussten dementsprechend eine wesentliche Steigerung erfahren. Die hiesigen Sorten fehlen gänzlich. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter la Qualität 140-142 Mk., do. IIa Qualität 138-140 Mk. — Schmalz: Die ungenügenden Schweinezufuhren sowie die lebhaft steigenden Preise für erwählte Schweine liessen die amerikanischen Fettwarenmärkte in seiner fester Tendenz verkehren, wobei die Schmalzpreise eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung erlitten. Die hiesigen Verkaufspreise bewegen sich noch erheblich unter den Preisen Amerikas, doch ist mit dem Abnehmen der Vorräte ein baldiger Ausgleich durch ein schnelleres Steigen der hiesigen Preise zu erwarten. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 73,50-74 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 77 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 75-80 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornbienen 76-80 Mk. — Speck: —

Hamburg, 10. März. Stadtschmalz 73,50, amerik. Steam 69,25, Chamberlain 71,25.

Bremen, 10. März. Baumwolle still. Upl. loko middl. 74,50 Pf. Liverpool, 10. März. Aegyptische Baumwolle per März 15,00. Alexandria, 10. März. Aegyptische Baumwolle per März 20,07, Juli 20,02, Nov. 23,02.

London, 10. März. Ohit-Kupfer ruhig 60, 3 Mon. 60 1/2, Zinn Streits stetig 147 1/2, 3 Monat 149 1/2. Bleispann, ruhig 13 1/2, englisch 13 1/2, Zink, gewöhnliche Marke, 12 3/4, spez. Marke 23 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Enden. New York, 10. März. Chicago, 10. März. 9.3. Weizen per Mai 122 1/2, 122 1/2, Weizen per Mai 113 11 3/4, Juli 118 1/2, 118 1/2, Mais per Juli 106 1/2, 107 1/2, Mais per Mai 73 73 1/2, Mais per Mai 63 63 1/2, Mehl Spring clears 4,65 4,65, Hafer per Mai 44 1/2, 44 1/2, Kaffee Fair Rio Nr. 7 8 1/2 8 1/2, per Juli 42 1/2, 42 1/2, per März 6,90 6,95, Roggen per Mai 80 79, per April 6,90 6,95, Schmalz per Mai 13,80 13,85, Petroleum in Cases 10,30 10,30, Juli 13,95 13,97, do. in Philadelphia 7,85 7,85.

Wasserstände.

Table with columns: Name, Wasserstand, Datum. Lists stations like Atern, Brückenpogel, Nebra, Unterpegel, Weisenfels, etc.

Wasserstände (cont.)

Table with columns: Name, Wasserstand, Datum. Lists stations like Trotha, Alsenb., Unterpegel, Bernburg, Kalbe, etc.

Wasserstände (cont.)

Table with columns: Name, Wasserstand, Datum. Lists stations like Jungbunn., Lem., Badweiss., Prag., Brandeis., Melnik., Leitmeritz., Aussig., Dresden., Troskau., etc.

Berliner Börse, 17. März 1910

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators. Includes sections for 'Berliner Börse', 'Bank-Aktien', and 'Deutsche Aktien'.